

# Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

## EG-Subsidiarität kommt der Schweiz entgegen

(AP) Der deutsche EG-Kommissar und «Finanzminister» der Gemeinschaft, Peter Schmidhuber, begrüsst den Entscheid des Bundesrates für ein EG-Beitritts-gesuch. Die Schweiz mache damit deutlich, dass sie nach Europa aufbrechen und ihre bisherige «splendid isolation» aufgeben wolle, sagte Schmidhuber am Samstag an der Delegiertenversammlung der Europa-Union Schweiz in St. Gallen.

Dies überrasche umso mehr, als noch 1986 drei von vier Schweizern den UNO-Beitritt verworfen hätten. Die neue politische Architektur der EG, die in Maastricht beschlossen worden sei, komme der Schweiz und ihren föderalistischen Strukturen sehr entgegen, sagte Schmidhuber. Für das Alpenland habe vor allem das neu eingeführte Prinzip der Subsidiarität grosse Bedeutung. Damit könnten in den EG-Entscheiden auch die einzelnen Regionen stark berücksichtigt werden. Der Vertrag von Maastricht stelle eine neue Stufe bei der Verwirklichung einer immer engeren Union der Völker Europas dar, in der die Entscheidungen möglichst bürgernah getroffen würden. Er enthalte aber auch den Einstieg in eine föderale Verfassung der EG. Dazu gehöre insbesondere die ausdrückliche Verankerung des Subsidiaritätsprinzips.

Bei einem Beitritt der Schweiz müsste nach den Worten des EG-Kommissars genau geprüft werden, unter welchen Bedingungen die direkte Demokratie in Einklang mit dem Recht der Gemeinschaft zu bringen sei.

## Kulturpolitik sollte auf allen Ebenen zum Verfassungsauftrag werden

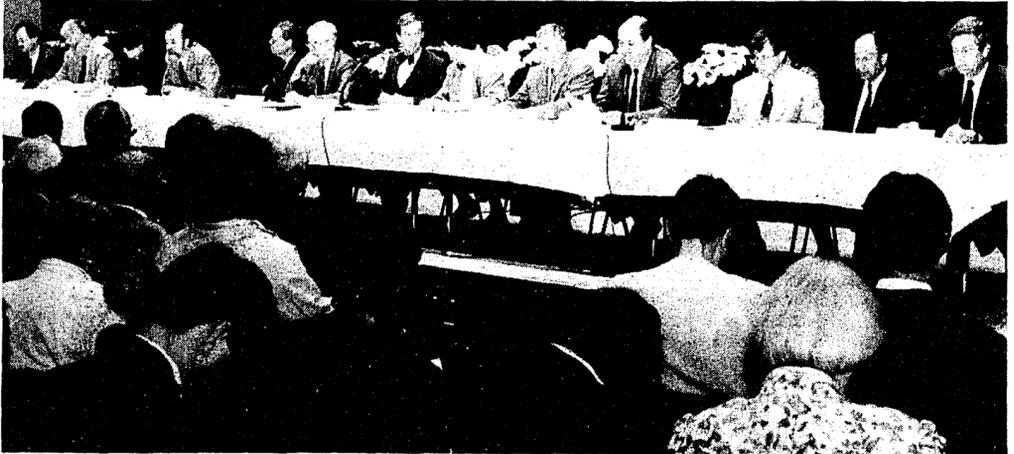
Regierungschef-Stellvertreter Dr. Herbert Wille begrüsst die 112. Jahresversammlung der Gesellschaft für Schweizerische Kunstgeschichte

(G.M.) – Die guten Beziehungen zwischen der Schweiz und Liechtenstein wurden am Wochenende auch auf dem kulturellen Gebiet unterstrichen. Die Gesellschaft für Schweizerische Kunstgeschichte (GSK) hielt ihre 112. Jahresversammlung in Vaduz, erstmals in ihrer Geschichte im Ausland, ab. Regierungschef-Stellvertreter Dr. Herbert Wille begrüsst die Vertiefung der kulturellen Kontakte zwischen den beiden Staaten. Der Historiker und Künstler Dr. Georg Malin hielt den Festvortrag zum Thema «Kulturpolitik im Kleinstaat.»

Die Gesellschaft für Schweizerische Kunstgeschichte (GSK) setzt sich seit ihrer Gründung 1880 für die Erhaltung der schweizerischen Kunstdenkmäler ein und ist gleichsam Drehscheibe und Forum für die Erforschung schweizerischer Kunst und Architektur. Die Beziehungen zwischen der Gesellschaft und Liechtenstein gehen schon auf das Jahr 1947 zurück, als beschlossen wurde, einen Sonderband in der Kunstdenkmälerreihe zu veröffentlichen. Dieser Band hat, obwohl vielleicht aktualisierungsbedürftig, nichts von seiner Bedeutung eingebüsst, so dass ihn Fürstl. Rat Robert Allgauer als «Das wichtigste Liechtensteiner Buch dieses Jahrhunderts» bezeichnete. Aus Anlass der GSK-Jahresversammlung ist die Vierteljahresschrift «Unsere Kunstdenkmäler» speziell dem Fürstentum Liechtenstein gewidmet worden.

### Kulturelle Zusammenarbeit

In seinem Grusswort an die GSK-Jah-



Die Gesellschaft für Schweizerische Kunstgeschichte hielt am Wochenende ihre 112. Jahresversammlung in Vaduz ab. Erstmals in der Geschichte der Gesellschaft fand die Jahrestagung im Ausland statt. Regierungschef-Stellvertreter Dr. Herbert Wille begrüsst Gäste aus der Schweiz, den Festvortrag hielt Dr. Georg Malin zum Thema «Kulturpolitik im Kleinstaat.» (Bild: Roland Korner)

resversammlung unterstrich Regierungschef-Stellvertreter Dr. Herbert Wille die Bedeutung der kulturellen Zusammenarbeit der Schweiz und Liechtensteins. Er gab zu verstehen, dass die gemeinsame Kunstgeschichte beider Staaten noch erforscht werden könnte und wies auf die Sondernummer hin, die dazu einen Anfang darstelle. Ferner zitierte er, um die gute Nachbarschaft zu unterstreichen, aus dem Buch «Wenn ich an die Schweiz denke» vorwiegend positive liechtenstei-

nische Stellungnahmen und gab seiner Hoffnung Ausdruck, dass die guten Beziehungen anhalten und vertieft werden.

### Institut für Kunstgeschichte

Auch GSK-Präsident Dr. Johannes Fulda ging in seiner Präsidiālsprache auf die kulturellen Austausch der beiden Nachbarstaaten ein und meinte, die Durchführung der GSK-Jahresversammlung in Vaduz könne eine Bestätigung und Erneuerung der 1947 mit der Heraus-

gabe des Kunstdenkmälerbandes über Liechtenstein geschlossenen Freundschaft sein. Über die Tätigkeit der Gesellschaft konnte er berichten, dass das Institut für Schweizerische Kunstgeschichte in Bern errichtet werden konnte, für das die GSK die Trägerschaft übernommen habe. Weniger erfreut zeigte er sich über den Mitgliederschwund der Gesellschaft und forderte die Mitglieder zur aktiven Werbung neuer Mitglieder auf, damit die «Zehntausender-Marke» bald wieder erreicht werden könne.

### Kulturpolitik im Kleinstaat

In seinem Festvortrag über die Kulturpolitik im Kleinstaat ging Dr. Georg Malin zuerst in die Geschichte zurück, nahm dann aber Stellung zu aktuellen Fragen der Kulturpolitik und stellte die wichtigsten kulturellen Institutionen unseres Landes vor. Im Zeitalter grossräumiger Zusammenschlüsse, meinte er, habe der Kleinstaat die besten Chancen, Identität und Profil über Kulturpolitik zu gewinnen. Der kulturelle Regionalismus bringe Pluralität und differenzierte Gestaltungsmöglichkeiten in die Europapolitik als «Kontrapost zur schnellen und überstürzten Integration des Kontinents». Nach seiner Auffassung sollte Kulturpolitik auf regionaler, städtischer und kommunaler Ebene zum Verfassungsauftrag werden – heute verfüge die Kulturpolitik weder in der Schweiz noch in Liechtenstein über eine «eindeutige, geschriebene Verankerung» in der Verfassung.

## Initiative der Freien Liste für Abschaffung der 8-Prozent-Klausel

Die Freie Liste reichte bei der Regierung zwei Initiativen ein – Unterschriftensammlung bis 6. Juli – 1500 Unterschriften notwendig

(G.M.) – Die Freie Liste reichte, wie in den Amtlichen Publikationen vom Samstag zu erfahren war, bei der Regierung zwei Initiativbegehren ein. Die eine Initiative möchte ein Diskriminierungsverbot in der Verfassung verankern, die andere Initiative setzt sich für die Abschaffung der 8-Prozent-Klausel in der Verfassung ein. Die Unterschriftensammlung läuft bis zum 6. Juli. Für eine gültige Verfassungsinitiative braucht es die Unterschriften von 1500 Stimmberechtigten.

Die beiden Initiativbegehren sind nach den Amtlichen Publikationen bereits am 14. Mai bei der Regierung deponiert worden. Auf Anfrage erklärte

Regierungschef-Stellvertreter Dr. Herbert Wille am Sonntag, dass die erste Initiative ein Diskriminierungsverbot in der Verfassung verankern möchte. Im Unterschied zur Vorlage der Regierung an den Landtag, die eine Gleichberechtigung von Mann und Frau als Zielsetzung hat, geht die Initiative der Freien Liste von der Gleichheit aller Menschen, unabhängig ihres Geschlechts, ihrer Rasse oder Religionszugehörigkeit aus. Damit scheint die Initiative verschiedenen allgemeinen Menschenrechtserklärungen nachgebildet zu sein.

Die zweite Initiative der Freien Liste betrifft die Abschaffung der 8-Prozent-

Klausel in der Verfassung. Seit 1973 muss eine Wählergruppe, um ein Mandat im Landtag erringen zu können, eine Stimmzahl von mindestens 8 Prozent der im ganzen Land, also im Wahlkreis Oberland und Unterland, abgegebenen gültigen Stimmen aufweisen. Nach Auskunft von Regierungschef-Stellvertreter Dr. Herbert Wille möchte die Freie Liste, im Unterschied zu früheren Forderungen nach Senkung dieser Hürde auf beispielsweise 5 Prozent wie in verschiedenen anderen Staaten, diese 8-Prozent-Klausel ersatzlos aufheben.

Damit würde, um den Sprung in den Landtag zu schaffen, die Wahlzahl für

die Vergabe von Mandaten ausschlaggebend sein. Die Wahlzahl ist für die Ermittlung der Grundmandate massgebend. Mit ihrer Initiative hat die Freie Liste offensichtlich die kommenden Wahlen im Auge. Hätte nämlich die vorgeschlagene Regelung schon 1989 gegolten, dann hätte die Freie Liste im Wahlkreis Oberland ein Mandat erringen können und wäre damit im Parlament vertreten.

Bis 1973, bis der Landtag die 8-Prozent-Klausel in die Verfassung aufnahm, war eine 18-Prozent-Klausel im Volksrechtsgesetz vorhanden. Doch wurde diese Bestimmung beim Staatsgerichtshof angefochten.

## FC Vaduz mit Kantersieg zum Meistertitel

6:1-Erfolg gegen Bad Ragaz – Am nächsten Sonntag Erstliga-Aufstiegsspiel gegen Dürrenast Bern



Mit einem 6:1-Kantersieg vor 1200 Zuschauern holte sich der FC Vaduz gestern im entscheidenden Duell gegen Bad Ragaz den 2.-Liga-Meistertitel. Am nächsten Sonntag steigt in Vaduz nun das erste Erstliga-Aufstiegsspiel gegen Dürrenast Bern. Unser Bild: jubelnde Vaduzer nach geschlagener Schlacht. Mehr zum Spiel auf Seite 7. (Bild: Roland Korner)

## Klestil Nachfolger Waldheims

Kandidat der ÖVP neuer Bundespräsident Österreichs

Wien (AP) Mit dem bisher grössten Sieg bei einer österreichischen Bundespräsidentenwahl hat der Diplomat Thomas Klestil die Nachfolge von Kurt Waldheim für sich entschieden. Der Kandidat der Österreichischen Volkspartei (ÖVP) zieht nach dem vorläufigen amtlichen Endergebnis mit 57 Prozent der Stimmen für sechs Jahre in die Wiener Hofburg ein. Sein Gegenkandidat Rudolf Streicher von der Sozialdemokratischen Partei (SPÖ), der als Favorit ins Rennen gegangen war, kam nur auf 43 Prozent.

Die Wahlbeteiligung lag bei 80,25 Prozent. Klestil hatte im ersten Wahlgang vor vier Wochen mit 37,2 Prozent noch 3,5 Punkte hinter Streicher gelegen. Die Überraschung war dabei, dass es ihm gelungen war, aus dem Stand näher an Streicher heranzukommen, als erwartet. Bei diesem Wahlgang hatten auch noch die Kandidaten der Freiheitlichen Partei (FPÖ), Heide Schmidt (16,5 Prozent), und der Grünen, Robert Jungk (5,7 Prozent), teilgenommen. Für die Wahl ist die absolute Mehrheit erforderlich.

Ursprünglich hatten die Wahlforscher ein Kopf-an-Kopf-Rennen zwischen (Fortsetzung auf Seite 2)



Der neugewählte österreichische Bundespräsident Thomas Klestil (ÖVP) mit Ehefrau Edith bei der Stimmabgabe am Sonntag. (Bild: Key)